

Preussische Gesetzsammlung

1933

Ausgegeben zu Berlin, den 26. Januar 1933

Nr. 3

Tag	Inhalt:	Seite
27. 12. 32.	Verordnung über Verleihung des Ausbaurechts an die Stadt Insterburg zum Ausbau der Angerapp und ihrer Ufer.	7
23. 1. 33.	Verordnung zur Verbilligung der Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin	7
	Bekanntmachung der nach dem Gesetze vom 10. April 1872 durch die Regierungsamtsblätter veröffentlichten Erlasse, Urkunden usw.	8

(Nr. 13824.) Verordnung über Verleihung des Ausbaurechts an die Stadt Insterburg zum Ausbau der Angerapp und ihrer Ufer. Vom 27. Dezember 1932.

Der Stadt Insterburg wird hierdurch auf Grund des § 155 Abs. 2 des Preussischen Wassergesetzes vom 7. April 1913 (Gesetzsamml. S. 53) das Recht verliehen, die Angerapp und ihre Ufer innerhalb der Gemarkungsgrenzen Insterburg, Ramswoyken und Angerlinde zwischen den Stationen 0 (Anlieger G. Ewert, Ramswoyken) und 21 + 20 (Eisenbahnbrücke) auszubauen.

Berlin, den 27. Dezember 1932.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Der Minister für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten.

Der Ministerpräsident.

Der Kommissar des Reichs.

Bracht.

Der Kommissar des Reichs.

Freiherr von Braun.

(Nr. 13825.) Verordnung zur Verbilligung der Verwaltung in der Stadtgemeinde Berlin. Vom 23. Januar 1933.

Auf Grund der Verordnungen des Reichspräsidenten vom 24. August 1931 (Reichsgesetzbl. I S. 453) und vom 6. Oktober 1931, Dritter Teil Kapitel III § 2 (Reichsgesetzbl. I S. 537) wird verordnet:

§ 1.

(1) Durch Ortsfassung ist die Zahl der Mitglieder der Bezirksämter in den Verwaltungsbezirken herabzusetzen sowie das Verhältnis der Zahl der besoldeten Mitglieder zu derjenigen der unbesoldeten Mitglieder der Bezirksämter neu zu regeln. Die Ortsfassung bedarf der Genehmigung des Oberpräsidenten.

(2) Kommen übereinstimmende Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung und des Magistrats der Stadt Berlin über die Ortsfassung binnen drei Monaten nach Inkrafttreten dieser Verordnung nicht zustande, so liegt die Beschlussfassung über die Ortsfassung dem Magistrat der Stadt Berlin ob. Kommt eine Beschlussfassung des Magistrats binnen sechs Wochen nicht zustande, so hat der Oberbürgermeister den nach Abs. 1 erforderlichen Beschluss binnen zwei Wochen zu fassen.

(3) Die Abs. 1 und 6 des § 23 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (Gesetzsamml. S. 123) sind insoweit nicht anwendbar.

§ 2.

(1) Bis zum Inkrafttreten der Ortsfassung dürfen freie und freitwerdende Stellen von Bezirksbürgermeistern, besoldeten und unbesoldeten Mitgliedern der Bezirksämter nicht besetzt werden.

(Vierzehnter Tag nach Ablauf des Ausgabetags: 9. Februar 1933.)

Gesetzsammlung 1933. (Nr. 13824—13825.)

§ 3.

Die Vorschriften der Verordnung über die Aufstellung von Stellenplänen in Gemeinden und Gemeindeverbänden vom 2. November 1932 (Gesetzsamml. S. 347) bleiben unberührt.

§ 4.

(1) Zur Veränderung der Grenzen von Verwaltungsbezirken bedarf es der Zustimmung der beteiligten Bezirksversammlungen nicht, soweit es sich nur um Grenzberichtigungen handelt.

(2) § 14 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über die Bildung einer neuen Stadtgemeinde Berlin vom 27. April 1920 (Gesetzsamml. S. 123) findet insoweit keine Anwendung.

§ 5.

Der Minister des Innern wird ermächtigt, die erforderlichen Durchführungs- und Ausführungsbestimmungen zu erlassen.

§ 6.

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

Berlin, den 23. Januar 1933.

(Siegel.)

Das Preussische Staatsministerium.

Die Kommissare des Reichs.

von Schleier.

Bracht.

Bekanntmachung.

Nach Vorschrift des Gesetzes vom 10. April 1872 (Gesetzsamml. S. 357) ist bekanntgemacht:

der Erlass des Preussischen Staatsministeriums vom 30. November 1932

über die Genehmigung einer Änderung der Landschaftsordnung der Pommerischen Landschaft

durch das Amtsblatt der Regierung in Stettin Nr. 51 S. 327, ausgegeben am 17. Dezember 1932.

Die amtlich genehmigte

Einbanddecke zur Preussischen Gesetzsammlung

Jahrgang 1932

liegt vor. Für die Jahrgänge 1920—1931 sind noch Restbestände der Einbanddecke vorhanden. Bezug durch den Buchhandel oder direkt vom Verlag.

Preis 1,35 RM zuzüglich der Versandkosten.

Von den Jahrgängen 1920—1932 hält der Verlag in die amtlich genehmigte Einbanddecke gebundene Stücke vorrätig.

Von den Hauptfachverzeichnissen 1884/1913 und 1914/1925 sind noch Bestände vorhanden, die zu dem ermäßigten Preise von 1,— bzw. 2,— RM netto verkauft werden.

Bezug nur direkt vom Verlag.

Berlin W. 9

Linkestraße 35

R. von Deder's Verlag, G. Schend

Abteilung Preussische Gesetzsammlung.

Herausgegeben vom Preussischen Staatsministerium. — Druck: Preussische Druckerei und Verlags-Aktiengesellschaft Berlin.

Verlag: R. von Deder's Verlag, G. Schend, Berlin W. 9, Linkestraße 35. (Postcheckkonto Berlin 9059.)

Den laufenden Bezug der Preussischen Gesetzsammlung vermitteln nur die Postanstalten (Bezugspreis 1,— RM vierteljährlich); einzelne Nummern und Jahrgänge (auch ältere) können unmittelbar vom Verlag und durch den Buchhandel bezogen werden. Preis für den achteitigen Bogen oder den Bogenzettel 20 Rpfl., bei größeren Bestellungen 10—40 v. d. Preisermäßigung.